

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache  
**19(4)733 C**



Duisburger Hafen AG · Postfach 13 02 51 · 47102 Duisburg

Deutscher Bundestag  
- Innenausschuss -  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Duisburger Hafen AG  
Hafennummer 3650  
Alte Ruhrorter Str. 42 - 52  
47119 Duisburg  
Telefon +49 203 803-1  
Telefax +49 203 803-4232  
[www.duisport.de](http://www.duisport.de)  
[mail@duisport.de](mailto:mail@duisport.de)

Ansprechpartner/-in  
Herr Matthias Palapys

Duisburg, 16.02.2021

**Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer des  
Planungssicherstellungsgesetzes  
Öffentliche Anhörung am 22.02.21**

Sehr geehrte Frau Lindholz,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum vorbezeichneten Gesetz-  
entwurf und fasse meine Anmerkung im Vorgriff auf die öffentliche Anhörung im Innen-  
ausschuss wie folgt zusammen:

Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sieht eine Ver-  
längerung der Geltungsdauer des Planungssicherstellungsgesetzes bis zum Ablauf  
des 31. Dezember 2022 vor.

Das Planungssicherstellungsgesetz ist ein gutes Gesetz, welches bisher schon gehol-  
fen hat und für private wie öffentliche Vorhaben auf jeden Fall auch weiterhin benötigt  
wird. Die vorgeschlagene Verlängerung bis Ende 2022 findet daher meine uneinge-  
schränkte Unterstützung.

Das Gesetz hat seine Funktion in Duisburg jüngst bewiesen. Für ein aktuell im Duis-  
burger Hafen betriebenes Planfeststellungsverfahren findet das Gesetz bereits kon-  
krete Anwendung. So realisiert die Duisburger Hafen AG derzeit im Rahmen des Ge-  
meinschaftsunternehmens Duisburg Gateway Terminal GmbH zusammen mit drei in-  
ternationalen Investoren auf den Flächen eines kürzlich stillgelegten Importkohletermi-  
nals auf der Kohleninsel das Neubauprojekt eines großen trimodalen KV-Terminals.  
Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nach § 18 AEG war für dieses Vorhaben

Duisburger Hafen AG  
Sitz der Gesellschaft: Duisburg  
Amtsgericht: Duisburg HRB 180  
Vorstand: Dipl.-Kfm. Erich Staake (Vorsitzender), Prof. Dipl. Ing. Thomas Schlipköther, Markus Bangen  
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Staatssekretär Dr. Hendrik Schulte  
USt-IdNr.: DE 121 319 842

Sparkasse Duisburg  
BIC/ Swift: DUISDE33XXX  
IBAN: DE13 3505 0000 0200 2053 00  
Deutsche Bank AG  
BIC/ Swift: DEUTDEDE350  
IBAN: DE38 3507 0030 0172 7676 00

...

- 2 -

der obligatorische Erörterungstermin – eine nach Planfeststellungsrecht bisher zwingende Präsenzveranstaltung – terminiert. Beding durch den aktuellen Lockdown musste dieser Erörterungstermin aufgehoben werden.

Diese Entwicklung löste bei allen Projektbeteiligten größte Befürchtungen im Hinblick auf eine völlig unkalkulierbare Verzögerung des Planfeststellungsverfahrens aus. Nur durch die Initiative der Bezirksregierung Düsseldorf und die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden, konnte jetzt das Verfahren einer Online-Konsultation gemäß § 5 Abs. 4 des Planungssicherstellungsgesetzes als Ersatz für den Erörterungstermin gestartet werden.

Selbstverständlich ist es trotz PlaSiG zu anfänglichen Verzögerungen im Verfahrensablauf gekommen und selbstverständlich betreten alle Verfahrensbeteiligten mit der Online-Konsultation Neuland und es stellen sich in der Umsetzung auch diverse Detailfragen. Der Worst Case, ein kompletter Stillstand des laufenden Planfeststellungsverfahrens während des Lockdowns, wird durch das PlaSiG verhindert.

Das PlaSiG ermöglicht es, insbesondere gegenüber ausländischen Investoren darzustellen, dass durch die Pandemie in Deutschland keine relevanten Verzögerungen in großen Genehmigungsverfahren eintreten. Es bietet damit für alle Projektbeteiligten die aktuell unschätzbar wichtige Planungssicherheit und sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Da letztlich das Ende der Pandemiesituation leider nicht abschätzbar ist, muss die Anwendungsdauer des PlaSiG verlängert werden.

